

UNSERE SCHULEN SIND EINE SCHANDE

**Unser Bildungswesen ist auf Flüchtlinge und Zuwandererkinder nicht vorbereitet.
In der Politik herrscht Ideologie statt Sachverstand. Das wird uns teuer zu stehen kommen**

ESSAY: HEIDI SCHRODT

1,1 Mio.

Menschen in Österreich besitzen keine österreichische Staatsbürgerschaft



2/3

In den Wiener Hauptschulen und Neuen Mittelschulen sowie in den Polytechnischen Schulen sprachen im Schuljahr 2013/14 zwei Drittel der Kinder eine andere Erstsprache als Deutsch

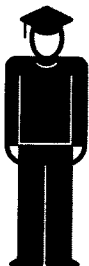


> 50%

In Wien betrug der Anteil von Volksschulkindern mit anderen Erstsprachen als Deutsch mehr als die Hälfte

10%

In Margareten haben zehn Prozent aller Volksschüler Deutsch als Erstsprache



28%

Prozent der Studierenden kommen derzeit aus Akademikerfamilien, aber nur vier Prozent der Studierenden haben Eltern mit Pflichtschulabschluss

Als die neue schwarz-blaue Regierung in Oberösterreich ein Deutschsprechgebot in den Pausenhöfen verkündete, war die Empörung groß. Sprachpolizei in den Schulhöfen? Der Vorschlag war nicht nur weltfremd und verfassungswidrig, er widersprach auch jeglicher wissenschaftlicher Erkenntnis über Zweitspracherwerb.

Eines zeigte das populistische Vorpreschen aus Oberösterreich aber auf: Jetzt, wo sich die Situation im Land aufgrund der Flüchtlingsbewegungen zuspitzt, rückt auch ins Zentrum, was Politik und Gesellschaft im Schulbereich über Jahrzehnte versäumt haben: der Bildungsnotstand. Nicht nur Experten war klar, dass sich die österreichische Schule durch Migrationsbewegungen grundlegend verändert hat – auch ohne die Flüchtlingskinder, die nun dazukommen. Aber anstatt zu reagieren, wurde das Problem ignoriert oder schöngeredet.

Österreich ist ein Migrationsland. Das bestätigt der Blick auf die nackten Zahlen: Jeder fünfte Österreicher hat einen sogenannten „Migrationshintergrund“, und etwa 1,1 Millionen Menschen, die hier leben, besitzen keine österreichische Staatsbürgerschaft.

Das verändert die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler. Jeder Fünfte von ihnen hat eine andere Erstsprache als Deutsch. In Wien betrug der Anteil von Volksschulkindern mit anderen Erstsprachen als Deutsch bereits mehr als die Hälfte.

Diese Schülerinnen und Schüler verteilen sich nicht proportional über die Stadt. In Margareten zum Beispiel sprechen nur zehn Prozent aller Volksschüler Deutsch als Erstsprache. Auch die Verteilung auf Schultypen zeigt ein klares Bild: In den Wiener Hauptschulen und Neuen Mittelschulen sowie in den Polytechnischen Schulen sprachen im Schuljahr 2013/14 zwei Drittel der Kinder eine andere Erstsprache als Deutsch. Das ist eine Tatsache. Man kann sie gutheißen oder nicht. Aber sie ist nicht zu ändern.

Die Politik muss sich diesen Fakten endlich stellen – im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung der angehenden Pädagogen. Natürlich gibt es längst hoffnungsfrohe Ansätze, etwa Muttersprachenlehrer, Sprachförderlehrer und sogar fallweise Schulsozialarbeiter. Auch das verpflichtende Kindergartenjahr war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber all das reicht nicht, es sind nur punktuelle Veränderungen, die nicht darüber hinwegtäuschen können, dass die österreichische Schule noch immer auf eine homogene und monolinguale Schülerschaft ausgerichtet ist. Mehr noch: Sie ist in ihren Grundstrukturen in den 1960er-Jahren des vorigen Jahrhunderts hängengeblieben. Daran ändern auch die vielen re-

formorientierten Schulen und unzähligen Schulversuche, derzeit ungläubliche 5000 Stück, nichts.

Leidtragende dieses überkommenen Schulsystems sind die Kinder der Zuwanderer, sofern sie aus einem ökonomisch schwachen und „bildungsfernen“ Elternhaus kommen. Wer das Pech hat, in eine solche Familie geboren zu werden, dem bietet auch der Staat keine guten Startvoraussetzungen für den späteren Bildungsweg.

Vor allem Schüler mit türkischen Wurzeln sind gefährdet. Mehr als die Hälfte von ihnen (55 Prozent) haben Eltern, die maximal eine Pflichtschule absolviert haben. Bei Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind es hingegen nur 17 Prozent. In einem Schulsystem, in dem die sozioökonomische Situation der Eltern derart viel Einfluss hat, verwundert es daher nicht, dass fast jeder fünfte Jugendliche (17 Prozent) mit Erstsprache Türkisch nach dem Ende der Schulpflicht aus dem Bildungssystem herausfällt. Vor allem in den städtischen Hauptschulen wachsen bereits in zweiter Generation die künftigen Bildungsverlierer und Arbeitslosen heran.

Warum gibt es keinen Aufschrei darüber, warum kümmern wir uns nicht mehr um diese Jugendlichen? An Unkenntnis der Fakten kann es nicht liegen. Der Zusammenhang zwischen Bildungsstand der Eltern und schulischem (Miss-)Erfolg ist seit langem bekannt. Er wurde auch im zweiten Nationalen Bildungsbericht aus dem Jahr 2012 nachgewiesen. Auch andere Studien sowie die erstmaligen österreichweiten Bil-

dungsstandard-Tests brachten ähnliche Befunde. So erreichten nur zehn Prozent der Schüler in der vierten Klasse Volksschule den vorgesehenen Mathematikstandard nicht, unter den Kindern mit sogenanntem Migrationshintergrund waren es fast doppelt so viele (19 Prozent).

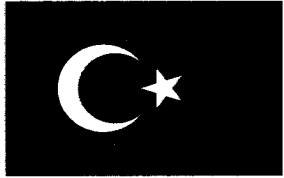
Da wir nicht davon ausgehen können, dass diese Kinder um so vieles dümmer sind als ihre deutschsprachigen Sitznachbarn, müssen wir die Erklärungen anderswo suchen. Tatsache ist, dass es systembedingt (zu wenige Ressourcen für individuelle Sprachförderung) schlecht gelingt, während der Volksschulzeit sprachliche Defizite aufzuholen. So wird der Rückstand in die Sekundarstufe I mitgenommen, meist in die Neue Mittelschule, selten ins Gymnasium. Auch das ist ein Faktum: Von den Schülern, die in der achten Schulstufe die Bildungsstandards übertrafen, hatten 95 Prozent keinen Migrationshintergrund und nur fünf Prozent wiesen einen solchen auf.

Als wäre das nicht schon schlimm genug, gibt es dann auch noch die Sonderschulen. Dort landen immer noch auffällig viele Kinder, die Deutsch als Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen. Sehr schnell wird diesen Kindern aufgrund sprachlicher Defizite „sonderpädagogischer Förderbedarf“ attestiert. Österreichweit sind Kinder mit Migrationshintergrund um 52,3 Prozent in den Sonderschulen überrepräsentiert, in Tirol gar um 89,5 Prozent (Referenzwert ist der durchschnittliche Anteil im gesamten Bildungssystem).

Auch der Zugang zu akademischer Bildung hängt von Herkunft und Muttersprache ab. Derzeit kommen 28 Prozent der Studierenden laut Statistik Austria aus Akademikerfamilien, aber nur vier Prozent der Studierenden haben Eltern mit Pflichtschulabschluss.

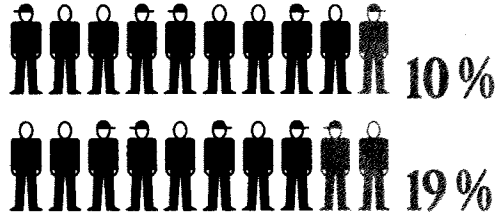
Wieso das so ist? Ähnlich wie sonst nur noch in Deutschland ist unsere Schule bis heute ständisch ausgerichtet. Der verbissene Kampf um das Gymnasium ist sichtbarer Ausdruck davon. Integraler Bestandteil unseres derzeitigen Systems ist auch, dass die Eltern – insbesondere die Mütter – der Schule zuarbeiten. Gute Eltern sind diejenigen, die mit ihren Kindern das lernen, was sie in der Schule (noch) nicht gelernt haben. Dafür, dass viele Eltern diesen Aufgaben gar nicht nachkommen können, weil sie dazu wegen fehlender sprachlicher Voraussetzungen nicht in der Lage sind, bestraft unser reformresistentes Schulsystem deren Kinder. Und diese vererben ihren niedrigen Bildungsstatus weiter.

Dabei wollen es auch die allermeisten zugezogenen Eltern ganz anders. Studien bezeugen, dass auch wenig gebildete zugewanderte Eltern meist hohe Ansprüche an

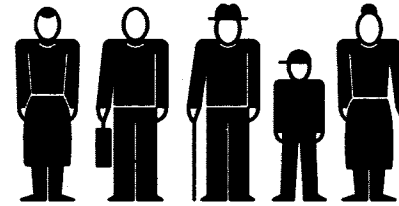


17%

Fast jeder fünfte Jugendliche (17 Prozent) mit Erstsprache Türkisch fällt nach dem Ende der Schulpflicht aus dem Bildungssystem

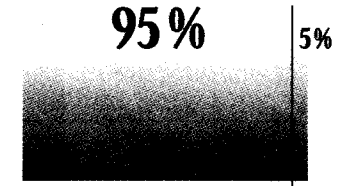


Nur zehn Prozent der Schüler in der vierten Klasse Volksschule erreichten den vorgesehenen Mathematikstandard nicht, unter den Kindern mit sogenanntem Migrationshintergrund waren es aber fast doppelt so viele (19 Prozent)



Jeder fünfte Österreicher

hat einen „Migrationshintergrund“



Von den Schülern, die in der achten Schulstufe die Bildungsstandards übertrafen, hatten 95 Prozent keinen Migrationshintergrund und nur fünf Prozent wiesen einen solchen auf

die Bildung ihrer Kinder haben, besonders trifft dies auf türkische Eltern zu. Nicht am Willen mangelt es also, sondern am Wissen. Was gute Schulen und Kindergärten ohnehin schon praktizieren, sollte zum grundlegenden Paradigmenwechsel werden. Wir müssen die Eltern ins Boot holen, statt sie „in die Pflicht zu nehmen“, wie es so überheblich heißt.

Es gibt aber noch eine Gruppe, mit der unser Schulsystem besonders schlecht umgeht: die sogenannten „Quereinsteiger“, also Kinder und vor allem Jugendliche, die ohne Deutschkenntnisse mitten im Schuljahr in einer österreichischen Schulklasse landen, die Flüchtlinge etwa. Die überflüssige Diskussion über „Deutschklassen“ versus „Ghettoklassen“ hat einmal mehr gezeigt, dass politisches Hickhack sachlichen Lösungen im Wege steht. Je nach Schulstandort kann es durchaus sinnvoll sein, spezielle

Deutschlernklassen einzurichten, begleitet von der Eingliederung in einen Klassenverband. Derzeit stehen für diese Deutschförderung allerdings keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung. Wie sollen Lehrer an städtischen Hauptschulen etwa mit 13-jährigen Analphabeten zurechtkommen, wenn es rundherum an Ressourcen mangelt? Wer gibt den Lehrern Antworten auf die Frage, wie sie sich kriegstraumatisierten Kindern gegenüber verhalten sollen? Wie sie mit Mädchen umgehen sollen, die eine Turnbefreiung für ein ganzes Schuljahr mitbringen? Wer sagt ihnen, wie man Jugendliche alphabetisiert, wenn sie das in ihrer Lehrerausbildung nie gelernt haben? Und wie soll das in einer Klasse funktionieren, in der schon viele andere Schüler große Probleme haben?

Diese Lehrer wissen eines: dass Schüler, die erst spät ins System kommen, wenig oder keine Chancen haben, den Pflicht-



Die Autorin ist Vorsitzende der Initiative Bildung Grenzenlos. Zuletzt erschien ihr Buch: „Sehr gut oder Nicht genügend. Schule und Migration in Österreich“

schulabschluss zu schaffen – anders etwa in Schweden, das jedem Jugendlichen das Recht auf einen kostenlosen Schulbesuch bis 19 garantiert. Jugendliche Zuwanderer dürfen dort noch im Alter von 20 Jahren eine dreijährige maturaführende Schule beginnen. Wer bei uns zuwandert und mit 15 Jahren noch keinen Pflichtschulabschluss nachweisen kann, darf nicht einmal mehr in die Schule gehen. Das trifft besonders Flüchtlinge hart.

Reformvorschläge liegen auf dem Tisch, oder – genauer – in der Schublade. Doch die Politik blockiert aus reiner Ideologie. Anstatt über Inhalte wird über Bund-Länder-Kompetenzen gestritten. Und der Finanzminister will nicht mehr Geld lockermachen, obwohl sich die Probleme aufgrund der Flüchtlingskrise verschärfen werden. Das ist eine schulpolitische Schande, sonst nichts.